profil'

Dr. Felix Buck

Die vierte Partei

Der Standort der Nationaldemokraten im Parteiengefüge der BR Deutschland

Nationaldemokratische Schriftenreihe
Heft 4
1974

Herausgeber und Copyright 1974: Nationaldemokratische Partei Deutschlands
7 Stuttgart 1, Postfach 2881
Gesamtherstellung: Lokay-Druck, Reinheim

Die vierte Partei

Der Standort der Nationaldemokraten im Parteiengefüge der BR Deutschland

von Dr. Felix Buck, Stellvertretender Vorsitzender der NPD*)

Der Standort der NPD im Parteiengefüge der Bundesrepublik

Es mehren sich die Stimmen, die an der Funktionsfähigkeit der Struktur des Drei-Parteien-Systems im Deutschen Bundestag ernsthafte Zweifel hegen.

Die Kennzeichnung der sozial/liberalen Koalition nach dem Charakter ihrer beiden Partnerparteien ergibt folgendes Bild:

1. Charakter und Chancen der SPD als linke Volkspartei oder Partei der linken Mitte hängen auf die Dauer vom Verhältnis der SPD zu ihrem linken Flügel, dem sogenannten Juso-Flügel und den weiteren Kräften der marxistischen Systemveränderer in ihren Reihen ab. Bei dem pragmatischen Kurs des Kanzlers Schmidt besteht die Gefahr einer Abspaltung der utopistischen Sozialisten. Entweder wird sich daraus eine Art unabhängige sozialistische Partei entwickeln, oder die FDP wird das Aufnahmebecken dieser Kreise und wird somit ein linksintellektuelles Sammelbecken.

2. Die FDP ist gekennzeichnet als Partei im Wandel. Hervorgehoben durch die Diskrepanz ihrer noch gleichstarken Flügel sowie die immer stärker werdende Spaltung zwischen der aktiven Basis und der Wählerschaft der Partei.
   Der Zwang zur Fortsetzung der Koalition mit der SPD besteht noch auf längere Zeit. Der Parteitag in Hamburg hat keine Klärung über den zukünftigen Charakter der FDP gebracht. Der scheinbare Gleichstand der Flügel kann schon in Kürze zu einem erheblichen Übergewicht des linken umgeschlagen sein. Erfolgt eine Flucht – und das ist durchaus wahrscheinlich – linker Elemente von der SPD zur FDP, wie eben angedeutet, ist das Schicksal der FDP besiegelt.

Die CDU/CSU in der *Oppositionsrolle* bleibt verbannt zum ewigen Kampf um die 50 %-Hürde. Selbst, wenn sie die Chance hätte, bei einer der kommenden Wahlen die 50 %-Marke zu überschreiten, bleibt ihr Handeln durch die stete Furcht vor deren neuerlichem Verlust bestimmt. Ein politischer Spielraum bleibt ihr dadurch völlig versagt. Sie hätte eine Chance, sich als rechte Führungspartei zu profilieren und sich, gewissermaßen wie früher, mit einem zuverlässigen, aber eigenständigen Partner auf der Rechten zu verständigen. Dazu fehlt ihr jedoch die ideologisch begründete Alternativposition zum Marxismus, dazu fehlt die Einigung auf ein

*) Rede gehalten auf dem 8. Parteitag der NPD in München am 13.10.1974.

schlüssiges Konzept, dazu fehlt vor allem eine fähige Führungsschicht und eine überzeugende, integrierende Führungspersönlichkeit.

Für die weitere Entwicklung in diesem System von drei Parteien ergeben sich folgende denkbare Möglichkeiten:

1. Beibehaltung der derzeitigen Koalition von SPD/FDP. Von der FDP her das Wahrscheinlichste. Mit Rollenwechsel der FDP zur Linkspartei.
2. Koalition von CDU/CSU mit der FDP. Das ist praktisch schon überholt. Selbst, wenn die FDP Führung wollte, läßt ihre Basis das nicht zu. Für eine Kanzlerschaft von Kohl sind alle Züge bereits abgefahren. Es ist gerade nach dem Hamburger Parteitag faktisch ausgeschlossen, daß sich die FDP, wie es vielleicht manche Industriekreise hoffen, praktisch aus der bestehenden Koalition herauskaufen lassen kann. Es würde vermutlich ihre sofortige Spaltung bedeuten.
3. Und das ist nach Lage der Dinge mittelfristig eine sehr naheliegende Lösung: Eine Neuauflage der großen Koalition.

Bei der Wiederholung des ergebnislosen Kampfes um das Erreichen der absoluten Mehrheit, kann sich bei der CDU/CSU eine entsprechende Müdigkeit einschleichen.

Daraus kann resultieren, ein Sichabfinden mit der Strategie des Gleichgewichts, d.h. praktisch: Landen in einer großen Koalition; bei den gegebenen Verhältnissen unter einem wahrscheinlichen Kanzler Helmut Schmidt. Gar nicht unerhebliche Teile der CDU werden begeistert hierauf einschwenken. Viele sehen hierin die Möglichkeit der besten pragmatischen Lösung zur Verhinderung des Sozialismus.

Zwei Gefahren werden hierbei übersehen:

1. Die Entwicklung zum totalen Manager- und Funktionärsstaat wie es James Burnham, ursprünglich selbst Sozialist, so eindrucksvoll vorausgesagt hat, und
2. die hieraus folgende Gefahr einer schleichenden Machtübernahme der Linken bis zur Endstufe eines marxistischen Totalitarismus.

Notwendige Erneuerung des parteipolitischen Kräftefeldes

Manche wissen um diese Gefahren, viele ahnen sie nur. Zur Verhinderung dieser Entwicklung fehlt das entscheidende Gegengewicht im Parlament auf der Rechten: nämlich eine freiheitlich soziale, demokratische, politische Kraft, die auf der Grundlage eines zukunftsorientierten Konservatismus fußt.

Um den Folgen der Hoffnungslosigkeit, der Würdelosigkeit, der Prinzipienlosigkeit, der Handlungsunfähigkeit und der Führungsschwäche der CDU zu entgehen, ruft seit langem die sogenannte Prominenz des konservativen Lagers nach der 4. Partei, nach einer sogenannten legitimen Rechten im Parlament, nach der nationalen Opposition.

Die NPD hat seit 10 Jahren diesen Platz im politischen Felde eingenommen. Lediglich eine unglaubliche Hetzkampagne hat sie daran gehindert, den ihr zustehenden Platz auch im Deutschen Bundestag wahrzunehmen. Alles hat sich von der geplant von Moskau aufgezogenen Propagandawelle überrollen lassen. Beginnend mit der Bundestagswahl 1969 hat ein System infamer, völlig verfassungswidriger Maßnahmen, das angeblich im Interesse des Schutzes der Verfassung eingeleitet wurde, die NPD auf ein praktisch unbedeutendes Wählerpotential zurückgedrückt. Nun suchen die Kreise nationaler Pragmatiker etwas Neues, weil in ihren Augen die alte NPD unbrauchbar geworden ist, weil sie nach ihrer Auffassung nicht mehr vorzeigbar ist.

Was bietet sich an? Welche Chancen zeigen sich?

1. CSU auf Bundesebene? Das läßt die CDU nie zu.
2. Eine Neugründung, wie bereits erfolglos versucht mit der Deutschen Union, oder vielleicht mit dem jetzt neu aufgetretenen „Bund Freies Deutschland".

Solche Unternehmungen sind nur unter der Voraussetzung erfolgreich, daß ein gesichertes Huckepack-System vereinbart wird. Sie sind ferner belastet mit einer Reihe schwer zu beantwortender Fragen. Sollen sie etwa stets abhängig sein von Launen und Ambitionen des Franz Josef Strauß? Wird das Wählerpotential, das durch eine immer in absoluter Abhängigkeit erscheinende Gruppierung tatsächlich *zusätzlich* zur CDU/CSU erfaßt werden kann, groß genug sein, um eine eigenständige politische Kraft zu tragen; und vor allem als einem äußerst wichtigen Punkt: aus welcher geistigen Grundhaltung heraus kann überhaupt ein Ansatz zu einer entsprechenden Initiative kommen?

Keine Klüngelgruppe, kein reaktionäres Gebilde mit etwa Hugenberg-Nachfolgern als treibender Kraft, hat eine Chance.

Das ist zur notwendigen Erneuerung eines Volksbewußtseins und eines natürlichen, auf europäische Ebene überhöhten Nationalbewußtseins nicht ausreichend. Zu bewerten ist hierbei auch die Frage nach dem praktisch politischen Einsatzwert. Die junge Generation, etwa in der politisch engagierten Schülerschaft, wird auf die Dauer nur mit Geld und dem Sammelbegriff konservativ nicht zu befriedigen sein. Eine tiefere Begründung und die Betätigung eines neuen Lebensgefühls in der Verbindung von voller Freiheit und bewußt anerkannter Verantwortung für die Gesamtheit bleibt unerläßlich. Alle Neuversuche erscheinen als eine künstliche Ersatzlösung, weil man eben glaubt, die NPD sei aus

dem Felde der zukunftsträchtigen Parteien auszuschließen. Mit der NPD als solcher will man nichts zu tun haben. Die Menschen, die Kämpfer aus ihren Reihen, die möchte man allerdings gerne haben.

Bei der Beleuchtung der Stellung der Alt-Konservativen zur NPD muß man doch zugeben: Ihr Mangel an Mut zum Bekenntnis, der praktisch einen Kotau vor dem Zeitgeist bedeutet, trägt im Grunde Schuld daran, daß aus der NPD nicht die erhoffte große Bewegung auf der Basis konservativer Erneuerung entstanden ist. Mögen sie ihre Versuche mit jedweden Neugründungen fortsetzen, es wird ihnen eines Tages leid tun, daß sie es versäumt haben, sich im richtigen Augenblick hinter die einzig richtige Alternativ zu stellen, hinter die NPD.

Meine Damen und Herren, ich muß hier einmal offen und ehrlich folgendes aussprechen:

Ich habe großen Respekt vor dem mutigen und gekonnten journalistischen Einsatz eines William Schlamm.

Ich habe eine ungeheure Hochachtung vor dem geradezu aufopferungsvollen politischen und persönlichen Engagement eines Gerhart Löwental im Bund Freies Deutschland.

Hätten aber gerade nationale Männer wie diese beiden in vorausschauender Einschätzung der wirklichen Lage für sich die Möglichkeit gesehen, im Jahre 1969 die NPD zu unterstützen, das ganze Problem wäre längst auf die vernünftigste und natürlichste Weise gelöst.

Die Aufgabe der NPD im Parteiengefüge

Bis heute gibt es zur NPD keine Alternative. Sie ist und bleibt die legitime 4. Partei. Sie vertritt diesen Anspruch unabänderlich und behauptet ihren Platz im Parteiengefüge. Das Recht, auch in der Zukunft dies zu wahren und daher die Pflicht, alle Parteiarbeit auf dessen Durchsetzung auszurichten, basiert auf drei Dingen:

1. Auf einer völlig intakten Organisation, der jederzeit einsatzbereite Mitglieder zur Verfügung stehen.
2. Auf der fortschrittlichsten und schlüssigsten programmatischen Aussage unter allen Parteien.
3. Auf ihrer unabdingbaren Verfassungstreue.

Dem Herausstellen, dem Deutlichmachen dieser drei Elemente dient auch dieser Parteitag. Neben der Stärkung der Organisation, neben der Erprobung und Verbesserung ihrer Einsatzfähigkeit gilt es für die Zukunft, insbesondere auf zwei großen Säulen die Parteiarbeit voranzutreiben.

Einerseits auf der Ausfeilung und immer stärkeren Verbreitung der politisch programmatischen Aussage dieser Partei und ferner auf dem unnachgiebigen Kampf um die Anerkennung der Verfassungstreue und vollen Legalität der NPD.

Die völlige Fehleinschätzung der NPD durch eine breite Öffentlichkeit konnte nur eintreten als Folge eines gemeinsamen Propagandaeinsatzes von Politikern und Journalisten, die im Gegensatz zu ihren ständigen Behauptungen keineswegs aus den Maximen unseres Grundgesetzes, sondern ausschließlich aus geflissentlicher Befolgung der Gebote der Umerzieher gehandelt haben. In der Folge kam es zu einem immer größeren Abbau, ja zu einem Leugnen des eigentlichen Grundbezugs aller deutschen Politik. Dieser Grundbezug nämlich ist das deutsche Volk, und zwar das gesamte deutsche Volk, das deutsche Volk als nationale Einheit. Das ganze Grundgesetz wäre sinnlos, wenn es diesen Grundbezug nicht hätte. Das hat die CDU/CSU mit wenigen Ausnahmen bis heute nicht begriffen. Es ist deshalb absurd und nichts als politische Polemik, denjenigen, der die Einheit Deutschlands anstrebt und sie mit der Einheit der Nation, der Einheit des Volkes begründet, als radikal zu verdammen. Wer das tut, hat von dem Grundanliegen unserer Verfassung, von dem Grundausgangspunkt unseres Grundgesetzes das Entscheidende nicht begriffen, er steht selbst nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und kann für seine Person den Anspruch der Verfassungstreue gar nicht erheben.

Das gleiche gilt für die entsprechenden inneren, also gesellschaftlichen Zusammenhänge im freien Teil Deutschlands. Auch hier haben alle diejenigen, die einem übersteigerten Pluralismus das Wort reden, der sich letztlich in alles beiseite drängenden Machtgruppierungen äußert, ebenso wie die Befürworter eines sogenannten demokratischen Sozialismus nicht begriffen, um welche Grundwerte für die Lebensformen der Deutschen es im Grundgesetz eigentlich ging. Nämlich um die Regeln für ein freies, die Menschenwürde achtendes Zusammenleben der Deutschen, und zwar aller Deutschen in einer staatlichen Gemeinschaft und nicht um die Absolutierung von Theorien oder die Verwirklichung von Utopien.

Neues Denken gegen überholte Ideologien

In diesem Zusammenhang ist die Frage aufzuwerfen, warum hat die NPD das fortschrittlichste, ja das zukunftsweisendste Programm unter allen deutschen Parteien?

Weil sie grundlegend von folgenden Elementen ausgeht: Einer realen und nüchternen Sicht der Entwicklung in der Welt, einer richtigen politischen Lagebeurteilung der Verhältnisse in und um Deutschland und vor allem als Ausgangspunkt für alle zukünftige Gestaltung, einem richtigen Menschenbild, beruhend auf der Achtung vor der Würde des Menschen.

Das alles ist eingehend auf dem Düsseldorfer Programm-Parteitag 1973 ausführlich diskutiert und entsprechend begründet im Programm festgeschrieben worden. Aber es soll hier der Vollständigkeit und Deutlichkeit wegen noch einmal auf ein besonders entscheidendes Element unserer politischen Grundposition hingewiesen werden.

Das Wesentliche, was den eigentlichen Vorsprung zur Ideenbasis der anderen Parteien begründet, scheint mir ein für die heutige Landschaft des Zeitgeistes völlig neues Denken zu sein, das die Grundlage für die Einordnung von Einzelmensch, Gemeinschaft und Gesellschaft und Mensch und Umwelt abgibt.

Ein Denkgebäude, das endlich über die alles beherrschende Antithese Kapital und Arbeit, Kapitalisten und Arbeitnehmer hinaushebt.

Die Überwindung des Marxismus und seiner Denksystematik ist nur möglich, wenn man sich endlich von den Denkkathegorien der Dialektik freimacht. Freimacht von dem ewigen Beharren auf der unabänderlich antithetischen Gegenüberstellung, deren deutlichste Wirksamkeit in der Auseinandersetzung im praktischen Leben der Klassenkampf ist.

Bei den Erarbeitungen des Ausschusses für Politische Bildung unter Leitung von Herrn Prof. Dr. Anrich ist dieser Vorsprung deutlich geworden, der darin liegt, daß der Mensch wieder in einen umfassenderen Zusammenhang zu seinen Mitmenschen und seiner Umwelt gestellt wird.

Herr Prof. Dr. von Grünberg hat das in hervorragender Weise in seiner Besprechung über Band 2 unserer Schriftenreihe „Profil" gewürdigt und verdeutlicht und das Wiederauftauchen von Grundlebensauffassungen der Urväter der Demokratie in der Antike lebendig werden lassen.

Es besteht eine breite geistige Strömung, vornehmlich ausgehend von der Naturwissenschaft, in erster Linie der modernen Physik, die die Bedeutung organischer Zusammenhänge, den funktionellen Zusammenhang in größeren Organismen, wieder lebendig gemacht hat. Diese Erkenntnisse gilt es analog auf den Menschen und das Zusammenleben der Menschen untereinander zu übertragen.

Wie die Physik nicht beim Stand der Einstein'schen Relativitätstheorie verharren konnte, sondern sich über die Quantentheorie zu weiteren Stationen der modernen Atomphysik weiterentwickelt hat, so muß eine zeitgemäße, zukunftsorientierte Wissenschaft vom Zusammenleben der Menschen die dialektischen Denkmethoden als maßgebliche Stufe der Vergangenheit ansehen und zum Denken in funktionellen Zusammenhängen zur Einordnung der Lebensvorgänge in ausgleichsfähige Organismen übergehen.

Das erfordert die Abkehr vom Marxismus und allen abgeleiteten Vorstellungen, die ein fremdes oder verfälschtes Menschenbild zum Ausgangspunkt haben.

Wenn Sie nun in diesem Zusammenhang die Dinge erkennen wollen, daß zur Zeit alle gesellschaftspolitische Orientierung von der Antithese Arbeit/Kapital beherrscht wird, mit der immer wieder aufgestellten Forderung nach der Parität dieser beiden Faktoren in der praktischen Gestaltung der Arbeits- und Entscheidungsvorgänge, dann sehen Sie, wie diese veraltete Denkmethode bis weit in die Reihen der FDP und große Bereiche der CDU/CSU hinein noch vorhanden ist. Dann sehen Sie auch, wie groß der Abstand bereits ist, um den die NPD den andern Parteien auf dem Weg in die Zukunft vorausgeeilt ist.

Strategie der Ausgewogenheit

In der Verfolgung ihrer Ziele muß demzufolge die NPD auf eine Ablösung der heute in großem Rahmen gültigen Strategie des Gleichgewichts hinarbeiten, weil diese Strategie des Gleichgewichts im wesentlichen von der Existenz zweier alles überragender Machtfaktoren abhängt, im Inneren wie im Äußeren.

Zur Strategie des Gleichgewichts bekennt sich auch in Theorie und Praxis der derzeitige Bundeskanzler Helmut Schmidt und befindet sich dabei für den außenpolitischen Bereich in zweckmäßiger Übereinstimmung mit US-Außenminister Kissinger.

Hier soll selbstverständlich nichts gegen diese Strategie gesagt werden, weil sie in einer bestimmten Situation lebensnotwendig sein kann. Wie sie z.B. in der Weltpolitik durch den Stand der Atomrüstung der beiden Super-Mächte gegeben ist, so ist sie für den innenpolitischen Bereich z.B. dann von tragender Bedeutung, wenn etwa unauflösbare Arbeitskämpfe oder gar Gefahren für bürgerkriegsähnliche Entladungen drohen.

Nur eines haftet dieser Strategie an. Sie läuft, als ausschließliche Weisheit betrachtet, immer auf die Gefahr einer Erstarrung hinaus. Sie bleibt nur allzuleicht mit dem Fluch belastet, Fehlentwicklungen zu zementieren und eine lebendige Weiterentwicklung zu verhindern.

Wir streben dagegen, — wenn wir bezüglich der Methodik zur Verfolgung politischer Zielsetzungen schon beim Begriff Strategie bleiben wollen — eine Strategie der Ausgewogenheit an. Dabei ist völlig klar, daß ein Gleichgewicht selbstverständlich stets ausgewogen ist, aber eben normalerweise zwischen zwei gleichen Gewichten. In unserem Sinne Ausgewogenheit soll verstanden werden, als Ausgleich in einem Gesamtorganismus, in dem viele Elemente ihr spezifisches Gewicht zur Ausgewogenheit des Ganzen beitragen. Das bedeutet zum Beispiel für den außenpolitischen Bereich die Auflockerung des zur Erstarrung neigenden Zustandes der Bipolarität der Atom-Supermächte, über den schon deutlicher werdenden Zustand einer Tripolarität durch Hinzutreten Chinas bis zu einer viel breiter aufgefächerten Polarität, in der die berühmte Pentagon-Studie mit ihrer Pentarchie (USA, SU, China, Europa, Japan) auch nur eine Übergangsstufe darstellen kann.

Die Ausgewogenheit im Weltmaßstab, d.h. freie Entwicklungsmöglichkeiten für alle Völker und Staaten in friedlicher Auseinandersetzung, kann nur ganz beschränkt unter der äußerst schmalen Bandbreite des gemeinsamen Interessenbereiches von 2 Supermächten – genannt Entspannungspolitik – erfolgen. Für die Zukunft bedarf es eines Gefüges vielfältiger Kraftzentren, die gegebenenfalls mehrere kleinere Staaten in einer verschieden engen Kooperation zusammenhalten, damit ein verantwortliches Handeln im Weltmaßstab möglich wird.

Ähnliche Konsequenzen hat unsere Strategie der Ausgewogenheit für den innenpolitischen Bereich. Auch hier kann sich die Vielfalt des Lebens nur höchst mangelhaft zur Wirkung bringen, wenn die größte Zahl der Probleme lediglich unter dem Aspekt des Gleichgewichts – der Parität – des Interessenanspruches von nur wenigen oder gar nur zwei mächtigen Gesellschaftsgruppen gelöst werden kann. Hier ist einer der wesentlichen Punkte, in dem wir uns von der Grundauffassung des derzeitigen Bundeskanzlers unterscheiden, der ein erklärter Vertreter der Anwendung des Prinzips der Gleichgewichtsstrategie ist.

Wir wollen die Erstarrung überwinden und zu einer wirklichen Vielfalt gesellschaftlicher und gemeinschaftsbildender Gruppierungen in unserem Volke kommen. Einer echten, richtig verstandenen Pluralität also. Dabei betonen wir immer wieder, daß gerade diese Pluralität der Gesamtheit nur durch einen starken Staat gewährleistet sein kann, der Machtanspruch und Machtausübung der großen gesellschaftlichen Gruppen in den dazu notwendigen Grenzen hält.

Für die NPD sind daher diejenigen Methoden von entscheidender Bedeutung, die zur Weiterentwicklung einer freien Gesellschaft innerhalb unseres Volkes und zur Weiterentwicklung innerhalb der Völkergemeinschaft eines freien Europa dienen.

Die NPD als Rechtspartei

Nach diesem knappen Ausflug in die Theorie, der aufzeigen sollte, wie sehr die NPD sich mit ihrer Ideengrundlage auf den Weg gemacht hat, die Zukunft in Angriff zu nehmen, will ich jetzt aufzeigen, wo ihr Standort in der praktischen Politik unter den Bedingungen der parlamentarischen Auseinandersetzung einzuordnen ist. Die NPD würde im Parlament, wie bisher in den Landtagen, nach der Sitzordnung rechts angesiedelt.

Politisch gilt dabei folgendes:

1. Die NPD hat als erklärte Partei einer aktiven Wiedervereinigungspolitik der ständige Hüter und Mahner für dieses Anliegen bei allen parlamentarischen Entscheidungen zu sein und gegen die Gefahren Widerstand zu leisten, die bei den sich so vielfach überlagernden Interessen innerhalb und zwischen den anderen Parteien dem Wiedervereinigungsgebot drohen. Obgleich dies eigentlich

laut Grundgesetz das Anliegen für alle Parteien ist, ist nach Lage der Dinge die Haltung der NPD nur in der Vertretung einer rechten Position zum Zuge zu bringen.

2. Die NPD hat erkannt, daß eine sozial gerechte, freiheitlich demokratische Ordnung in modernen Industriestaaten nur durch einen mit ausreichender Autorität ausgestatteten und mit der Verantwortung für das Wohl der Gesamtheit betrauten Staat gewährleistet werden kann. Hierzu muß die NPD im Parlament eine rechte Position vertreten.

3. Die NPD tritt für die Anliegen und den Schutz all derjenigen ein, deren Freiheitsbereich durch die übergroße Machtanhäufung in den Händen bestimmter gesellschaftlicher Interessen-Großgruppen beeinträchtigt wird.
Da die NPD als einzige Partei völlig unabhängig von jedwedem Einfluß oder Druck in- oder ausländischer, gesellschaftlicher wie außergesellschaftlicher Machtfaktoren ist, ist sie in diesem Zusammenhang geradezu als die typische Partei der soziologischen Mitte anzusehen. Die Wahrnehmung der dazu nötigen Aufgaben, z.B. bei der verantwortlichen Mitgestaltung so wichtiger Gebiete wie Mitbestimmung und Vermögensbildung kann bei dem Machtanspruch der „sogenannten Mitte" im Parlament eben nur von einer rechten Position aus erfolgen.

4. Die NPD tritt mit Nachdruck für das Ziel eines gerechten Friedens in der Welt ein unter voller Wahrung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker. Sie erstrebt weltweit Austausch und Zusammenarbeit auf allen Lebensgebieten. Sie ist ein entschiedener Förderer eines engen politischen Zusammenarbeitens der freien Völker Europas.
Da dieses Anliegen von imperialistischen Bestrebungen bedroht wird, die in erster Linie vom bolschewistischen Machtblock ausgehen, der die Weltlinke zu seinem Verbündeten gemacht hat, kann die NPD auch in diesem Bereich zwangsläufig nur eine rechte Position vertreten.

Kampf gegen die Verleumdung

Alle politische Tätigkeit, die noch so ausgefeilte programmatische Aussagen der NPD zum Ausdruck bringt, stößt jedoch — wie die Erfahrung gelehrt hat — ins Leere, solange nicht der Ring gesprengt ist, den eine auf Haß und Lüge aufgebaute Propaganda unter Mithilfe staatlicher Organe um die NPD gelegt hat: Die Verfemung als extrem, radikal und verfassungsfeindlich.

Diesen Ring zu sprengen, ist eine der entscheidenden Aufgaben, die mit dem heutigen Parteitag mit aller Kraft in Angriff genommen werden müssen.

Neben dem großen rechtlichen Bereich, über den Herr Dr. Huber gleich sprechen wird, geht es auch darum, im politischen Bereich analog vorzugehen.

Landauf, landab gefallen sich Politiker, Parlamentsangehörige und Regierungsvertreter darin, ihr ausschließlich aus ihrer Interessenlage entsprungenes Verleumdungsurteil gegen die NPD auszusprechen, ohne sich ernsthaft mit Struktur und Aussage der Partei befaßt und noch viel weniger sich ein unverfälschtes Bild über die führenden Persönlichkeiten in persönlicher Begegnung gemacht zu haben.

Die Regierung läßt den Innenminister einen Bericht vorlegen, ohne daß je die Partei mit Vertretern des Vorstandes zu einer persönlichen Rücksprache aufgefordert wurde. Hier wird ein Bannfluch ausgesprochen, ohne den Betroffenen auch nur anzuhören!

Das erscheint in der Tat mittelalterlich und eines demokratischen Rechtsstaates in jeder Weise unwürdig.

Das, meine Parteifreunde, muß ein Ende haben und der Vorstand wird die Delegierten bitten, ihm für die erforderlichen Schritte das Mandat zu erteilen.

Ich stelle mir daher vorrangig folgendes vor:

1. Der Bundeskanzler, der im Rahmen seiner politischen Gesamtverantwortung die Verpflichtung hat, sich ein ungeschminktes Bild nach eigenem Urteil über alle politisch tätigen Kräfte in der Bundesrepublik zu machen, wird um eine Aussprache mit dem Parteivorsitzenden und einer Vertretung des Vorstandes gebeten.
   Ich kann mir nicht vorstellen, daß gerade der jetzige Bundeskanzler bei der ihm eigenen realistischen Einschätzung seiner Pflichten und seiner Möglichkeiten, diese Bitte abschlagen kann.
2. Der Bundesinnenminister wird um die Herbeiführung einer Aussprache zwischen einem Expertengremium seines Ministeriums und einer fachgemäß zusammengesetzten Abordnung der Partei zur Darlegung einer fundierten Begründung für die unter seiner Verantwortung herausgegebene Beurteilung der NPD und zur Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme dazu gebeten.
3. Der Bundesminister für Verteidigung wird gebeten, eine Abordnung von Bundeswehrangehörigen, die NPD-Mitglieder sind, zu empfangen, um sich von ihrer Loyalität gegenüber dem Dienstherrn zu überzeugen und sich über ihre Anliegen bezüglich der fortgesetzten Zurücksetzungen zu orientieren.
4. Der Bundespräsident, dessen Anliegen das Wohl eines jeden Bürgers ist, besonders aber der Schutz von Minderheiten, auch oder gerade von solchen, die politisch benachteiligt sind, und dem vornehmlich die Belange der Jugend am Herzen liegen, wird gebeten, eine Abordnung der Jungen Nationaldemokraten zu empfangen, um sich ein wirkliches Bild über deren Gedanken und Vorstellungen zu machen.

Und nun einige Worte, die unser besonderes Anliegen an die Presse, an Funk und Fernsehen darlegen:

Meine Damen und Herren, wir mußten aus der sich über viele Jahre erstreckenden Berichterstattung den Eindruck gewinnen, daß keiner Partei gegenüber mit einer solchen Fülle von Vorurteilen begegnet wurde, wie der unsrigen, daß zum Teil nachweisbar – zum Vorteil des jeweils vertretenen eigenen Engagements – mit Falschdarstellungen oder diesen gleichkommenden Auslassungen gearbeitet worden ist.

Wir sind der Meinung, daß das keine faire Behandlung ist durch Publikationsorgane, die sich tatsachengetreuer Informationspolitik verpflichtet fühlen.

Es werden unreflektiert Äußerungen, Auffassungen und Überzeugungen etwa von Vertretern der Bundesregierung oder der Länderregierungen in einer Form weitergegeben, die sie dem Durchschnitt der Leser als amtlich festgestellte Tatsache erscheinen lassen.

Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich meiner außerordentlichen Verwunderung darüber Ausdruck verleihe, daß treu und brav eine Verbreitung der Urteile von Leuten vorgenommen wird, die zu solchen Urteilen gar nicht berechtigt sind.

Nicht das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt fest, wer verfassungsfeindlich ist; dieses Amt hat lediglich zu ermitteln. Feststellungen trifft einzig und allein das Bundesverfassungsgericht.

Ein Innenminister, der die Überzeugung hat, die NPD sei verfassungsfeindlich, hat seine Regierung zur Einreichung einer Feststellungsklage beim Bundesverfassungsgericht zu veranlassen. Diese Hinweise habe ich viel zu selten in der Presse entdecken können und wenn überhaupt, dann immer mit dem Hinweis, daß Gründe der Opportunität eine solche Klage nicht geboten erscheinen lassen.

Es mag entsprechende Praktiken für die Wirksamkeit von Geheimdiensten geben. In Fragen des Verfassungsrechtes hat Opportunität keine Priorität.

Gerade das aber ist doch das entscheidende Problem des ganzen Watergate-Falles, dem sich auch die Presse hierzulande so intensiv gewidmet hat. In analog liegenden Dingen hier bei uns scheint mir, vor allem im Zusammenhang mit der NPD, ihr Ohr nicht so fein eingestellt zu sein.

Ich gebe zu, daß sich vermutlich der größte Teil derjenigen, die das landläufige Urteil über die NPD abgeben, rechtlich und politisch durch den jeweiligen Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz gedeckt fühlt.

Ich bin deshalb genötigt, mich mit diesem Instrument zu befassen. Die rechtliche Einordnung nimmt Herr Dr. Huber vor. Ich befasse mich mit seiner politischen Bedeutung.

Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutzbericht

Wer Machart und Aussage des Jahresberichts dieses Amtes genau untersucht, wer vor allem aufgeführten Zitaten und deren Originalquelle in ihrem Zusammenhang nachgeht, muß folgendes feststellen:

Es handelt sich um keine sachliche Untersuchung, sondern um ein reines Propagandamittel der jeweils den Innenminister stellenden Partei oder Koalition.

Ich nehme kurz Stellung zu den wesentlichen Vorwürfen, die der Verfassungsschutz gegen uns erhebt, bzw. die in den Anschuldigungen anderer Behörden immer wieder vorkommen.

1. Die NPD sei gegen Frieden und Völkerverständigung.
   Dieser Vorwurf entspringt anscheinend einer Moskauer Inspiration; da die NPD der sowjetischen Forderung nach Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands, unserer Verfassung gemäß, den entschiedensten Widerstand entgegensetzt.
   Die Breschnew-Doktrin ist für uns kein Element einer Friedenspolitik.

2. Die NPD sei rassistisch.
   Hierbei wird ihr insbesondere eine antisemitische Haltung unterstellt. Ich erkläre hier ausdrücklich für die gesamte NPD, daß sie aus ihrer Grundhaltung der Achtung vor dem eigenen, wie jedem fremden Volkstum, keinen Raum für Rassenvorurteile oder gar Antisemitismus hat. Es gibt in der NPD keine Antisemiten und es würden auch keine geduldet. Die NPD hat immer volles Verständnis für das Selbstbehauptungsrecht des Staates Israel bekundet und höchste Achtung vor der Opferbereitschaft seiner Bevölkerung und der Tapferkeit und Disziplin seiner Soldaten bezeugt. Daß sie aus leidvoller Erfahrung in der Geschichte des eigenen Volkes zum Ausgleich mit den Nachbarn rät und ein Eingehen auf die Gegebenheiten der Weltlage differenzierter ansieht, hat mit Antisemitismus nichts zu tun.

3. Die NPD sei antiamerikanisch.
   Die NPD hält das Atlantische Bündnis und die damit verbundene Freundschaft zu den USA für lebensnotwendig zur Erhaltung der Freiheit Europas und der Vereinigten Staaten selbst. Sie hat allerdings seit Jahren davor gewarnt, den USA die überragende Hauptlast der Verteidigungsanstrengungen und damit die Hauptverantwortung und vorrangige Entscheidungsbefugnis zuzuschieben. Die NPD sieht die Sicherheit des Atlantischen Bündnisses auf Dauer nur gewährleistet, wenn es auf zwei politisch selbständigen, gleichstarken Säulen, mit gleicher Leistung und abgestimmter Entscheidungsbefugnis, USA *und* Europa, ruht. Das als Antiamerikanismus zu bezeichnen, ist absurd.

4. Die NPD sei ausländerfeindlich.
   Das zielt insbesondere auf die Stellung zur Gastarbeiterfrage ab.

Die NPD hat seit Auftauchen dieses Problems vor einer gewissen Manipulation von Menschen und ihrer Arbeitskraft und der damit verbundenen Auslösung einer ungehemmten, unkontrollierten Entwicklung gewarnt. Aus Achtung vor Mensch und Volkstum hat sie eine wirklichkeitsfremde Integrationswut verurteilt.

Durch die jetzt eingetretene Entwicklung, durch Maßnahmen der Regierung selbst, hat sich dieser lächerliche Vorwurf inzwischen von allein erledigt.

5. Die NPD sei kriegstreiberisch und militaristisch.

   Die NPD bekennt sich zur Verteidigungspflicht für unser Volk und seine Freiheit. Sie fordert, daß der Auftrag unserer Bundeswehr vom ganzen Volk und allen Verantwortlichen ernst genommen wird. Sie hat wesentliche Vorschläge zur Wehrverfassung, zur Gliederung der Streitkräfte und ihrer Gesamtorganisation gemacht.

   In vielen Punkten befand sie sich in Übereinstimmung mit dem damaligen Wehr-Experten der SPD – Helmut Schmidt. Ihre Vorstellungen einer verbesserten Gliederung sind inzwischen weitgehend verwirklicht.

   Die NPD hat nichts anderes getan, als sachgemäße Vorschläge zu einem großen Problemkreis unterbreitet.

6. Die NPD sei arbeitnehmerfeindlich.

   Die NPD steht zur Freiheit der arbeitsrechtlichen und tariflichen Auseinandersetzungen. Sie befürwortet eine gewerkschaftliche Organisation. Sie lehnt den ausschließlichen Machtanspruch von autonomen Organisationen und ihren Funktionären ab, der zum Schaden der Freiheit des Einzelnen und zum Nachteil für die Gesamtheit ausschlägt. Die Selbstbestimmung des einzelnen arbeitenden Menschen darf nicht behindert oder verfälscht werden. Alle Gruppen im Staat haben das gleiche Lebensrecht. Der Vorwurf ist reine Propagandamache bestimmter Interessentenkreise.

7. Die NPD strebe eine Autarkie an.

   Die NPD tritt im Innern für eine freie Marktwirtschaft, ferner für einen freien gemeinsamen europäischen Markt mit unseren Nachbarn und darüberhinaus für einen freien Güter- und Kapitalmarkt in der Welt ein. Die NPD sieht es nur als unerläßliche Pflicht jeder Regierung an, langfristige Zukunftsvorsorge für die Sicherung der Energie- und Rohstoffbasis unserer Wirtschaft zu treffen. Dabei haben die eigenen wie die gesamteuropäischen Belange Vorrang. Die weltweite Energiekrise hat ein allgemeines Umdenken bewirkt, das diesen Vorwurf gegen die NPD der Lächerlichkeit preisgibt.

8. Die NPD sei antiparlamentarisch und strebe einen totalitären Staat an.

   Der sogenannte Verfassungs*schutz* hat sich anscheinend zur Maxime gemacht, Satzung und Programm der NPD außer Betracht zu lassen und sachgemäße Darlegungen ihrer verantwortlichen Vertreter zu ignorieren oder sinnentstellend wiederzugeben oder auszulegen.

Die NPD bekennt sich voll zum Staat unseres Grundgesetzes. Sie tritt für eine aktive und funktionierende Demokratie ein. Hierzu scheint ihr ein angemessenes Quantum an Autorität des Staates eine unerläßliche Voraussetzung zu sein. Wir befinden uns mit dem derzeitigen Bundeskanzler auf der gleichen Ebene, der in Anwendung der Auffassung des von uns überaus geschätzten verstorbenen Verfassungsrechtlers, Ernst Forsthoff, auf dem Juristentag etwa wörtlich gesagt hat:

„Nur ein starker Staat kann in der modernen Industriegesellschaft die Belange der wirtschaftlich Schwächeren wirksam wahrnehmen."
Wir haben dem praktisch nichts hinzuzufügen. Die NPD steht auch mit Überzeugung zum parlamentarischen System der Ausgewogenheit; sie wendet sich lediglich gegen seine vielfältigen Verfälschungen in der Praxis.
Die NPD will nicht allein herrschen, sondern ihre Politik im Gesamtgefüge der Parlamentsparteien ungehindert vertreten können. Sie ist dabei der Überzeugung, daß ein Bundeskanzler, etwa vom Zuschnitt eines Kurt Schumacher und vielleicht dem Pragmatismus eines Helmut Schmidt, weit mehr zu würdigen weiß, was ihm eine nationale Opposition für *seine* Regierungspolitik wert sein kann, als dies bisher überwiegend der Fall war.

9. Die NPD würde autoritär geführt.
Diesen Vorwurf kann man nur als schlechten Witz bezeichnen. Entweder haben die Vertreter des Verfassungsschutzes den größten Teil der Parteitage an der Theke verbracht, oder die Referenten des Amtes bilden ihr Urteil, ohne die entsprechenden Berichte überhaupt gelesen zu haben.
Gewöhnlich wird hierbei auf eine Entscheidung des Parteivorstandes unter Herrn von Thadden verwiesen, in Berlin nicht zur Wahl anzutreten, weil insbesondere Herr von Thadden mit einigem Nachdruck dem Landesverband Berlin erst klar machen mußte, daß die derzeit angespannte internationale Lage in Berlin einen zusätzlichen Unruhefaktor im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung der NPD in Berlin nicht vertrüge.

10. Die NPD sei praktisch eine Nachfolgeorganisation der früheren NSDAP und verherrliche das Dritte Reich und seine Institutionen.
Dieser Vorwurf ist geradezu ein Hirngespinst. Erstens gibt es nicht einen einzigen Punkt grundlegender politischer Auffassung, der auch nur eine Anlehnung an nationalsozialistische Prinzipien enthielte. Zweitens ist die organisatorische Struktur nach dem Vorbild anderer Parteien, in erheblichem Maße z.B. der SPD, gebildet und drittens befinden sich in der Partei keinerlei Mitglieder, die im Dritten Reich eine herausragende Entscheidungs-Funktion innegehabt hätten.
Die sogenannten alten Nazis, Inhaber von einflußreichen Positionen im Regierungsapparat, insbesondere solche, die sich wegen ihrer Vergangenheit

nicht ganz wohl fühlen, die sind in den anderen Parteien zu treffen, nicht bei uns.

Die NPD geht bei der Beurteilung der Vergangenheit von einer vollkommen nüchternen und kritischen Betrachtungsweise aus. Eine Verschleierung oder gar Verherrlichung von Vorgängen und Erscheinungen im 3. Reich liegt ihr völlig fern. Sie ist lediglich der Auffassung, daß die Deutschen nicht verpflichtet sind, *vorbehaltlos* das in den Jahren nach 1945 von den *Siegermächten* vermittelte Bild zu übernehmen. Die NPD ist der Auffassung, daß es eines größeren Zeitabstandes bedarf, um die Vergangenheit objektiv beurteilen zu können. Schon der *heutige* Stand der Geschichtsforschung beweist, daß bereits jetzt viele Dinge wesentlich differenzierter gesehen werden als in den ersten Nachkriegsjahren.

Für unsere Jungen Nationaldemokraten kann mit besonderer Betonung gesagt werden, daß gerade sie sich von niemandem darin übertreffen lassen, in *höchstem Maße* skeptisch und kritisch das NS-Regime zu betrachten.

In den Jahresberichten 1972 und 1973 betr. Verfassungsschutz, herausgegeben wie immer vom Bundesmin. d. I., Referat Öffentlichkeitsarbeit, wird der NPD insbesondere eine Art rassistischer Totalitarismus unterstellt, mit der Behauptung, sie vertrete einen völkischen Kollektivismus. Ihr wird ferner eine einseitige biologistische Einstellung zum Begriff Volk vorgeworfen.

Erstens werden hier wissenschaftliche Bereiche betreten, mit deren sachgemäßer Beherrschung die Herren des Verfassungsschutzes anscheinend völlig überfordert sind. Zweitens muß man wohl davon ausgehen, daß die Bearbeiter, anscheinend immer noch befangen in den Denkvorstellungen der Umerziehung, nicht begriffen haben, welchen Anstoß zum Umdenken z.B. die weltweite „Energiekrise" verursacht hat. Das ist zwar verständlich; bei den politischen Auswirkungen, die ihr Bericht hat und ja auch absichtlich haben soll, ist das allerdings absolut unverzeihlich.

Bei der Überlegung über die Auswirkungen dieser in so manchen Dingen heilsamen Krise ist doch bei vielen die Erkenntnis gedämmert, daß sich in schwierigen Situationen lebensentscheidende Dinge nur unter dem Appell an die Gemeinschaft meistern lassen, unter dem Appell an die Einsicht und den solidarischen Zusammenhalt der gesamten Bevölkerung. Woher aber will man die Selbstverständlichkeit nehmen, mit der hier eine Gemeinschaftsverpflichtung angerufen wird? Doch wohl nur aus der inneren Sicherheit über ihre Existenzgrundlage. Diese kann doch wohl nicht auf einer theoretischen Deduktion beruhen, sondern einzig und allein auf dem Bewußtsein von der lebendigen Existenz der Gemeinschaft Volk.

Gar mancher Politiker hat in den letzten Monaten von einer Neuorientierung geredet, die die Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft des Volkes

stärker herausstellen müßte. Uns genügt es allerdings nicht, darüber zu reden, wir wollen, daß sie verwirklicht wird. Darauf ist unser Programm ausgerichtet. Die Unterstellungen des Verfassungsschutzes entbehren also jeder Grundlage.

Weil die Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz immer wieder als Grundlage für die Diffamierung der Partei und ihrer Mitglieder dienen, gilt es insbesondere alles daran zu setzen, deren böswillige Absicht zunichte zu machen.

Ich glaube, wir müssen hier auch offen einige eigene Fehler ansprechen. M.E. haben wir viel zu lange die ständige Diffamierungswelle hingenommen. Das lag etwas auch an der viel zu vornehmen Haltung unseres früheren Vorsitzenden Herrn von Thadden, der allen Anfeindungen und Beschimpfungen stets mit dem Erfordernis der „Contenance" begegnete. Es lag ferner an dem Fehlen einer in allen Punkten ausschließlich auf die Bedürfnisse des Parteivorstandes abgestellten Veröffentlichungsmöglichkeit mit entsprechender Breitenwirkung. Das Ziel der Anerkennung unseres Legalitätsanspruches wird daher nur erreicht, wenn es von der *ganzen Breite* der Arbeit der Partei und ihrer Anhänger mitgetragen wird. Das muß u.a. mit dazu führen, daß die NPD in der Rubrik: Extremisten, Radikale und Verfassungsfeinde des Jahresberichts des Verfassungsschutzes *nicht mehr erscheint.*

Ich fasse zusammen:

Die NPD hat von ihrer Struktur und ihrer politischen Aussagekraft her gesehen alle Voraussetzungen als die von vielen Einsichtigen herbeigesehnte 4. Partei im Deutschen Bundestag zu wirken.

Ihr Anspruch auf die ihr zu Recht zustehende Anerkennung ihrer Legalität, ihrer Verfassungstreue und ihrer Loyalität gegenüber Staat und Regierung, muß nach Lage der Dinge durch ein zähes Ringen auf allen Ebenen unter Anspannung aller Kräfte der Partei erreicht werden.

Alle freiheitlich und rechtlich denkenden Kräfte in unserem Staate bitten wir dabei um gerechte und angemessene Unterstützung, vor allem auch alle Organe der freien Meinungsbildung. Es geht um ein Grundprinzip einer funktionierenden Demokratie:

Es wird am besten mit der Pflicht zum Schutze von Minderheiten im eigenen Staat gekennzeichnet. Es geht um die Anerkennung der zur Zeit als politische Minderheit in der NPD organisierten nationalen Opposition.

Wir gehen davon aus, daß die letztlich entscheidenden Organe in diesem Staate, insbesondere in einer Zeit pragmatischer, weniger emotionsgeladener Handhabung der Politik, es nicht am Beweis ihrer eigenen Fairneß und Würde fehlen lassen werden, dieses Gebot zu beachten.

Nationaldemokratische Schriftenreihe

Heft 1: Martin Mußgnug: Die Partei der deutschen Rechten. Rechenschaftsbericht des NPD-Parteivorstandes zum 7. Bundesparteitag Düsseldorf 1973, abgegeben vom Parteivorsitzenden, Rechtsanwalt Martin Mußgnug. 15 Seiten DM 1,–

Heft 2: Grundgedanken zur nationaldemokratischen Wirtschafts- und Sozialordnung. Denkschrift des Ausschusses für politische Bildung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). 47 Seiten DM 1,–

Heft 3: Das Wollen der NPD. Grundsätze und Forderungen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands nach ihrem Programm. 8 Seiten. DM –,50

Heft 4: Die vierte Partei. Der Standort der Nationaldemokraten im Parteiengefüge der BR Deutschland. Von Dr. jur. Felix Buck. 16 Seiten. DM 1,–

☐ Ich bestelle aus der Nationaldemokratischen Schriftenreihe
.... Ex. von Heft 1, ... Ex. von Heft 2, ... Ex. von Heft 3, ... Ex. von Heft 4
zum angegebenen Preis zuzüglich Porto.

☐ Ich bestelle .... Ex. des Programms der NPD einfache Ausführung (DM 0,50), Broschürenform (DM 1,50) zuzüglich Porto.

☐ Ich bitte, mich zu den Versammlungen der NPD in der Nähe meines Wohnortes einzuladen.

☐ Ich möchte Mitglied der NPD werden.

☐ Ich spende DM .... auf das Spendenkonto der NPD, PSA Hannover, Kto. 986 53-303 und bitte um Übersendung einer steuerlich abzugsfähigen Spendenquittung.

Datum: ....

....
(Unterschrift)

Absender:

....

....

....

....

0,40-DM-
Marke

An die

**Nationaldemokratische
Partei Deutschlands**

7 STUTTGART 1

Postfach 28 81